

# Die SPD-Debatte über die US-Atomwaffen in Deutschland

Michael Frank, [www.michael-frank.eu](http://www.michael-frank.eu) vom 06. Mai 2020

Derzeit wird in der aktuellen politischen Debatte, angestoßen durch die Eliten der SPD-Fraktion und des SPD-Bundesvorstandes, über die im Rahmen der NATO in Deutschland stationierter US-Atomwaffen debattiert. Eine höchst emotional geführte Debatte, die uns abermals bei der Herstellung von Sicherheit in Europa und der Förderung des Weltfriedens nicht dienlich ist, wie ich finde. Daher möchte ich mich in diesem Fachartikel kurz damit auseinandersetzen.

In einem Artikel auf der Webseite der Tagesschau konnte man am 03. Mai 2020 lesen:

*„In der SPD ist ein Streit um die künftige Beteiligung Deutschlands an der atomaren Abschreckung der NATO entbrannt, der auf die Große Koalition übergreifen droht. SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich hatte gefordert, die Stationierung aller US-Atomwaffen in Deutschland zu beenden. "Atomwaffen auf deutschem Gebiet erhöhen unsere Sicherheit nicht, im Gegenteil", sagte er dem "Tagesspiegel". Mützenich begründete seinen Vorstoß mit der Unberechenbarkeit von US-Präsident Donald Trump. "Trumps Regierung hat verkündet, dass Atomwaffen nicht mehr nur der Abschreckung dienen, sondern Waffen sind, mit denen man Kriege führen kann." Das Eskalationsrisiko sei damit unüberschaubar geworden.“<sup>1</sup>*

Das ist meiner Ansicht nach so nicht zutreffend, was Herr Mützenich da sagt, denn im Falle eines militärischen Angriffs auf ein Mitglied des NATO-Bündnisses könnte die Anwendung der Kernwaffen sehr wohl eine militärische Möglichkeit sein, um zeitnah weitere Angriffe etwa auf Deutschland und Europa zu verhindern. Außerdem bewirkt bereits die Tatsache, dass Atomwaffen hier stationiert sind, dass mögliche Angreifer abgeschreckt werden, überhaupt einen militärischen Angriff gegen Deutschland und Europa zu planen oder auszuführen. Demnach erhöht die Stationierung der US-Atomwaffen unsere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland sehr wohl. Außerdem ist es doch auch so, dass Herr Mützenich hier polemisiert. Was heißt „Kriege führen“ für Herrn Mützenich? Es wird hier suggeriert, als wären diese Waffen für einen atomaren Erstschlag durch die Bundesrepublik Deutschland nutzbar. Das ist doch nicht der Fall, denn einerseits sind diese Waffen doch weiterhin im Bestand der Streitkräfte der USA und andererseits besteht eine gesetzliche Grundlage für einen Angriffskrieg weder im Grundgesetz, noch im gesamten deutschen und europäischen Recht, noch im NATO-Vertrag, noch durch das Völkerrecht. Niemand in Deutschland und Europa will einen Krieg gegen irgendein anderes Land. Warum also diese Panikmache durch Herrn Mützenich?

Durch die Stationierung dieser Atomwaffen in Deutschland erhöht sich auch in keiner Weise ein Eskalationsrisiko, denn wer das NATO-Bündnis oder eines seiner Mitgliedsstaaten nicht angreift, gegen den müssen wir uns auch nicht verteidigen. Und im Falle eines Angriffs auf uns, können diese Waffen auch ein legales Mittel sein. Ich finde, Deutschland und Europa sollten ohnehin aufhören damit, zu sehr nach den außenpolitischen und militärischen Handlungen der USA zu schielen, sondern eine eigene Verteidigungsstrategie entwickeln und durchsetzen, selbstverständlich in Kooperation mit der NATO. Über militärstrategische Fachfragen sollte man als Bundesregierung meines Erachtens den NATO-Rat und die geeigneten Gremien der Europäischen Union entscheiden lassen und nicht ohne

---

<sup>1</sup> Forderung von SPD-Fraktionschef – Streit über US-Atomwaffen in Deutschland, in: tagesschau.de vom 03. Mai 2020, online unter: <https://www.tagesschau.de/inland/nukleare-teilhabe-streit-101.html>

jede Not eine Gesinnungs-Debatte vom Zaun brechen, die letztlich nur geeignet ist, die Bevölkerung in unserem Staat und in anderen Staaten zu verängstigen.

In einem Artikel in der Zeit vom 02. Mai 2020 konnte man dazu weiterhin lesen:

*„Mützenich widersprach Warnungen, dass Deutschland mit diesem Schritt dem Nato-Bündnis schweren Schaden zufügen oder Einfluss verlieren könnte. "Das haben schließlich auch andere Staaten getan, ohne dabei die Nato infrage zu stellen", fügte er hinzu.“<sup>2</sup>*

Wenn dem so ist, dass andere Mitgliedsstaaten dem NATO-Bündnis Schaden zugefügt haben, welchen rational-logischen Grund kann es denn dann dafür geben, dass auch Deutschland dem Bündnis Schaden zufügen sollte? Ich denke, dass es absoluter Unsinn ist was Herr Mützenich hier durchführt, in dieser Form öffentlich als Spitzenpolitiker zu strategischen Fragen des Bündnisses Stellung zu nehmen.

Ebenfalls in diesem Artikel in der Zeit kann man lesen:

*„Die USA haben als Teil der nuklearen Abschreckungsstrategie der Nato Atomwaffen am Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz stationiert. Offiziell wird weder von deutscher noch von US-amerikanischer Seite bestätigt, dass sie existieren.“<sup>3</sup>*

Das ist doch ebenfalls nicht richtig. Es ist seit Jahrzehnten bekannt, dass die NATO auf der Grundlage des Nordatlantikvertrags von 1949 eine Gesamtstrategie für die Bündnisverteidigung verfolgt, die auch die Verteidigungsstrategie der nuklearen Teilhabe seit spätestens Ende der 1950er Jahre beinhaltet.

In einem Fachartikel des Berlin Informations-center for Transatlantic Security vom November 2012 kann man eindeutig lesen, dass die Zahl der Sprengköpfe seit Anfang der 1990er Jahren kontinuierlich abgebaut wurde:

*„Seit dem Ende des Kalten Krieges wurde sowohl die Zahl der Lagerorte für Nuklearwaffen in Europa als auch die Zahl der Staaten, die mit Flugzeugen aktiv zur nuklearen Teilhabe beitragen, verringert. Verblieben nach dem Ende des Kalten Krieges zunächst noch etwa 1400 atomare Bomben in Europa, so wurde diese Zahl später auf etwa 700, dann auf 480 und mittlerweile auf weniger als 200 verringert. Geschlossen wurden in den letzten fünfzehn Jahren die deutschen Lager in Nörvenich und Memmingen, Araxos in Griechenland sowie Akinci und Murted in der Türkei. Zuletzt wurde zwischen 2005 und 2008 bekannt, dass die größten Depots der US-Luftwaffe in Europa, Ramstein und Lakenheath, geräumt worden waren. Aus der nuklearen Teilhabe ausgeschieden sind Kanada und Griechenland. Die Türkei nimmt wahrscheinlich nur noch mit verringerter Bereitschaft teil.“<sup>4</sup>*

Das bedeutet also eine Verringerung von etwa 1400 Atomsprengköpfen auf weniger als 200 Atomsprengköpfe, was doch eine beachtliche Anstrengung ist angesichts der Tatsache, dass auch nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes noch reichliche Bedrohungslagen in diesem Zusammenhang weiterhin vorhanden waren, was doch letztlich auch die Jugoslawienkriege belegen. Außerdem stellt

---

<sup>2</sup> Atomwaffen: SPD-Fraktionschef fordert Abzug von Atombomben in Deutschland, in: zeit.de vom 02. Mai 2020, online unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-05/atomwaffen-us-stationierung-deutschland-sicherheitsrisiko-ralf-muetzenich-spd>

<sup>3</sup> Atomwaffen: SPD-Fraktionschef fordert Abzug von Atombomben in Deutschland, in: zeit.de vom 02. Mai 2020, online unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-05/atomwaffen-us-stationierung-deutschland-sicherheitsrisiko-ralf-muetzenich-spd>

<sup>4</sup> Nassauer, Otfried: US - Atomwaffen in Deutschland und Europa, in: Berlin Informations-center for Transatlantic Security vom November 2012, online unter: <http://www.bits.de/public/stichwort/atomwaffen-d-eu.htm>

sich die internationale Sicherheitslage doch derzeit auch so dar, dass der Iran offensichtlich die nukleare Aufrüstung betreibt, islamistische Regime eng miteinander kooperieren und dabei nicht nur die USA, sondern auch das freie Europa als militärischen Feind ausgemacht haben. Insofern sind die USA und die NATO insgesamt mit dieser Anstrengung dem Bestreben, atomares Potential weltweit abzubauen doch mehr als ausreichend und mutig vorangeschritten.

Es ist der Öffentlichkeit auch bekannt, wo diese Atomwaffen lagern:

*„Nuklearwaffen werden auf europäischen Flugplätzen in geschützten unterirdischen Magazinen, sogenannten Weapons Storage Vaults (Grüften oder Unterflurmagazinen– siehe Photo am Ende des Textes) aufbewahrt, die in den Boden der Flugzeugschutzbauten auf ausgewählten Fliegerhorsten eingebaut wurden. Jedes Magazin kann maximal vier Waffen aufnehmen und wird mit spezieller Technik fernüberwacht. Die Magazine sind so konstruiert, dass sie theoretisch sowohl einem längeren Feuer als auch einem bewaffneten Angriff – zum Beispiel von Terroristen - solange standhalten sollten (~30 Minuten), bis Feuerwehr und /oder stärkere Sicherheitsmannschaften eingetroffen sind.“<sup>5</sup>*

Die Abbildung 1 zeigt schematisch die Lagerorte der Atomwaffen, um die es hier geht.

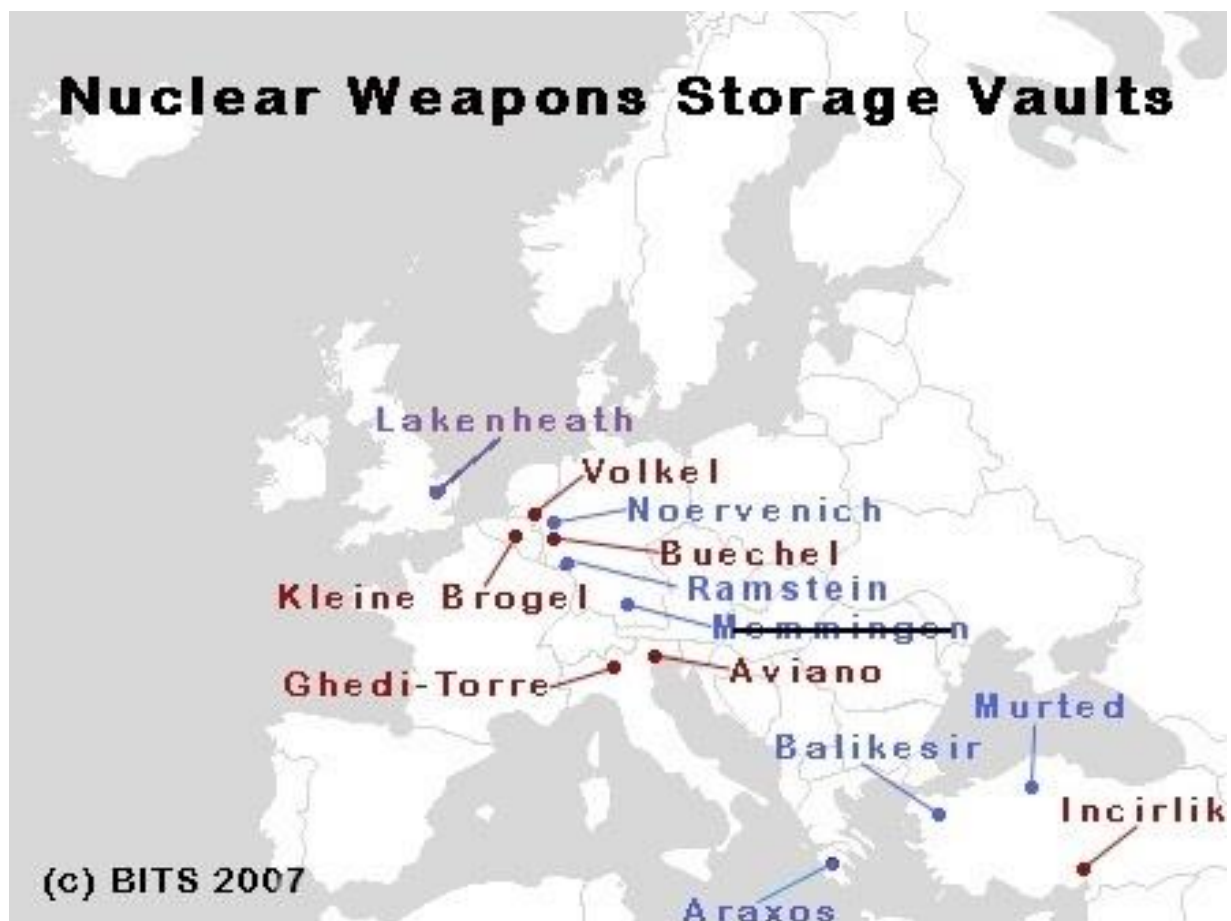


Abbildung 1: Nassauer, Otfried: US - Atomwaffen in Deutschland und Europa, November 2012, in: <http://www.bits.de/public/stichwort/atomwaffen-d-eu.htm>

<sup>5</sup> Nassauer, Otfried: US - Atomwaffen in Deutschland und Europa, in: Berlin Informations-center for Transatlantic Security vom November 2012, online unter: <http://www.bits.de/images/nucweaponstorage5.jpg>

Ebenfalls sind auch bekannt die genaue Anzahl der Atomwaffen und es wurden weitere Standorte seit 2007 aufgegeben, was die Tabelle in Abbildung 2 darstellt.

### Die Nuklearwaffenlager der NATO 2012

Flugplatz	Land	Unterflur- magazine	Waffen gelagert (geschätzt)	Waffen lagerbar (max)	Einheiten und Status
Buechel	D	11	10-20	44	Jabo-Geschwader 33 (künftig Taktisches Luftwaffen-Geschwader 33) mit Tornado-Flugzeugen; Lager aktiv; USAF: 702 MUNSS (ehem. 817. MUNSS)
Kleine Brogel	BE	11	10-20	44	10. Taktisches Geschwader der Belgischen Luftwaffe mit F-16 Flugzeugen; Lager aktiv; USAF: 701 MUNSS ehem. 52. MUNSS)
Volkel	NL	11	10-20	44	1. Jagdbombergeschwader der Niederländischen Luftwaffe mit F-16 Flugzeugen; Lager aktiv; USAF: 703. MUNSS (ehem. 752. MUNSS)
Aviano	IT	18	50	72	31. Jagdbombergeschwader der US-Luftwaffe mit F-16 Flugzeugen, Lager aktiv.
Ghedi-Torre	IT	11	10-20	44	6. Geschwader der Italienischen Luftwaffe mit Tornado-Flugzeugen; Lager aktiv. USAF: 704. MUNSS (ehem. 31. MUNSS).
Incirlik	TR	25	60-70	100	Rotierende Einheiten der US-Luftwaffe, Nuklearwaffenlager aktiv
Spangdahlem	D	0	0	0 (0)	38. Munitions Maintenance Group, seit 24.7.04 europaweit zuständig für MUNSS.
<b>Gesamt:</b>	<b>NATO</b>	<b>87</b>	<b>150-200</b>	<b>392</b>	

Abbildung 2: Nassauer, Otfried: US - Atomwaffen in Deutschland und Europa, November 2012, online unter: <http://www.bits.de/public/stichwort/atomwaffen-d-eu.htm>

Demzufolge sind im Rahmen der NATO-Strategie der Nuklearen Teilhabe nur noch maximal 200 Atomwaffen in ganz Europa, wovon in Deutschland nur noch maximal 20 Atomwaffen sind, die auch nur noch an einem einzigen Standort, nämlich im Fliegerhorst Büchel sind. Das ist auch seit spätestens 2007 so, denn der ehemalige Atomwaffen-Standort Ramstein wurde geräumt.<sup>6</sup>

In einem Artikel im Spiegel vom 03. Mai 2020 kann man lesen, dass Herr Mützenich dem US-Präsidenten weitere Vorwürfe macht:

*„Trumps Regierung habe verkündet, "dass Atomwaffen nicht mehr nur der Abschreckung dienen, sondern Waffen sind, mit denen man Kriege führen kann", so Mützenich. "Glaubt wirklich jemand, dass*

<sup>6</sup> Siehe hierzu: Gebauer, Matthias/Goetz, John: Atomwaffen in Deutschland – USA haben Nuklear-Arsenal in Ramstein geräumt, in: spiegel.de vom 09. Juli 2007, online unter: <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/atomwaffen-in-deutschland-usa-haben-nuklear-arsenal-in-ramstein-geraeumt-a-493451.html>

*sich Donald Trump, wenn er einen nuklearen Einsatz plant, von Deutschland abhalten ließe, nur weil wir ein paar Sprengköpfe transportieren?"<sup>7</sup>*

Wir Deutschen transportieren diese Sprengköpfe doch gar nicht. Es ist die US-Armee, die diese Sprengköpfe hier stationiert hat. Und selbstverständlich glaubt niemand so wirklich, dass man Herrn Trump von Irrwegen jeglicher Art abhalten kann, wenn er sie ernsthaft zu betreten gedenkt.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch der folgende Fakt, der in diesem Artikel genannt wird:

*„Hintergrund der Äußerung ist der Koalitionsstreit um die Neubeschaffung von Kampfflugzeugen für die Bundeswehr. Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) will im Rahmen der Modernisierung der Luftwaffe 45 F-18 Kampfflugzeuge in den USA kaufen. Sie begründete dies damit, dass diese Flugzeuge im Ernstfall US-Atomwaffen transportieren könnten und damit Deutschlands Beitrag zur "nuklearen Teilhabe" garantierten.“<sup>8</sup>*

Und da liegt doch das eigentliche Problem. Die Modernisierung der Deutschen Luftwaffe ist doch auch dann notwendig, wenn die US-Amerikaner die Stationierung ihrer Atombomben beenden. Auf Waffen, die im Bestand unseres Staates sind, hat man auch direkten Einfluss. Auf die Stationierung der US-Atomwaffen ist der Einfluss äußerst begrenzt.

*„Mit seiner Forderung stellte Mützenich das jahrzehntealte Nato-Konzept in Frage und bekam Unterstützung von SPD-Parteichef Norbert Walter-Borjans. "Ich vertrete eine klare Position gegen Stationierung, Verfügungsgewalt und erst recht gegen den Einsatz von Nuklearwaffen", sagte Walter-Borjans der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" (FAS). Er sprach von einer "menschenverachtenden Waffengattung" und lehnte es ausdrücklich ab, "Nachfolger für die Kampfflugzeuge zu beschaffen, die für den Einsatz als Atombomber vorgesehen sind".<sup>9</sup>*

Ich habe da ernsthafte Zweifel an der Redlichkeit dieser Aussage des SPD-Chefs, denn auf der einen Seite werden nur wir selbst und unsere Alliierten für das Vorhandensein von Atomwaffen kritisiert, obwohl wir doch – wie oben dargestellt – das Kernwaffenpotential bereits reichlich reduziert haben, während der Iran munter weiter an der Atombombe werkelt und auch neue Raketensysteme und anderes militärisches Gerät weiter anschafft und auf der anderen Seite wird durch die SPD wie selbstverständlich auch gleichzeitig der konventionellen Rüstung, die für die Aufrechterhaltung unserer Sicherheit notwendig ist, eine Absage erteilt und es wird ein Zusammenhang zwischen den Kernwaffen anderer Staaten, die nicht in unserer Verfügungsgewalt liegen, mit der Modernisierung unseres eigenen militärischen Bestandes hergestellt, obwohl dieser Zusammenhang offenkundig nicht besteht.

Letztlich gab es ja aus genau diesen Gründen auch Widerspruch in der SPD-Bundestagsfraktion:

*„Auch SPD-Verteidigungspolitiker Fritz Felgentreu und Karl-Heinz Brunner stellen sich gegen den Vorstoß ihres Parteikollegen. "Wenn Deutschland sich aus der Abschreckung durch nukleare Teilhabe zurückzieht, dann verlieren wir Einfluss auf die Nuklearstrategie der NATO", sagte Felgentreu der FAS.*

<sup>7</sup> "Sicherheitspolitisch im Nirwana" – SPD und Union streiten über US-Atomwaffen, in: spiegel.de vom 03. Mai 2020, online unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/spd-und-union-streiten-ueber-abzug-von-us-atomwaffen-a-0fdea11d-b5a3-4df8-9ca0-99e9c04d2933>

<sup>8</sup> "Sicherheitspolitisch im Nirwana" – SPD und Union streiten über US-Atomwaffen, in: spiegel.de vom 03. Mai 2020, online unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/spd-und-union-streiten-ueber-abzug-von-us-atomwaffen-a-0fdea11d-b5a3-4df8-9ca0-99e9c04d2933>

<sup>9</sup> "Sicherheitspolitisch im Nirwana" – SPD und Union streiten über US-Atomwaffen, in: spiegel.de vom 03. Mai 2020, online unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/spd-und-union-streiten-ueber-abzug-von-us-atomwaffen-a-0fdea11d-b5a3-4df8-9ca0-99e9c04d2933>

*Brunner sagte dem Blatt, er sei zwar "kein glühender Verfechter der nuklearen Teilhabe", aber sie sei "deutlich besser als keine Teilhabe", denn sie gebe Deutschland "echte Mitsprache". Die letzte Entscheidung über den Einsatz amerikanischer Atomwaffen von deutschem Boden aus liege dadurch "immer beim Bundeskanzler".<sup>10</sup>*

Es ist sicherlich absolut richtig, dass man mit so einem Verhalten an der SPD-Fraktions- und Parteispitze den Einfluss und das Ansehen Deutschlands innerhalb des NATO-Bündnisses schmälert. Grundsätzlich wäre allerdings auch im Verteidigungsfall eine Genehmigung zur Nutzung dieser Kernwaffen durch die US-Regierung notwendig.

Gleichzeitig kamen auch noch weitere kritische Bemerkungen von Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion:

*„Die Naivität von Teilen der SPD-Führung ist gefährlich für die Sicherheit Deutschlands“, sagte dazu der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Henning Otte, der Nachrichtenagentur dpa.<sup>11</sup>*

Ich würde davor warnen, diese Aussagen der SPD-Führung lediglich als Naivität einzustufen. Das ist eiskalte Berechnung. Mittlerweile ist in der SPD der gesamte Fraktionsvorstand, die Fraktionsmehrheit und letztlich auch die Mehrheit im SPD-Bundesvorstand mit Räte-Kadern der SPD-Linken besetzt. Die SPD-Linke ist eine reaktionäre Seilschaft, die sich zusammensetzt aus alten Stasi-Kadern und Agenten der Kommunistischen Partei Russlands, die ihr Denken aus dem Kalten Krieg beibehalten und nie geändert haben, sowie Auslandsagenten des Mullah-Regimes im Iran und der Neomaoisten in China. Die SPD-Linke ist der organisierte und regelrecht bandenmäßige Hochverrat und ein Angriff auf jede deutsche Bürgerin und jeden deutschen Bürger.

*„Ähnlich äußerte sich der Bundestagsabgeordnete Patrick Sensburg (CDU) im "Handelsblatt": "Die SPD ist inzwischen sicherheitspolitisch im Nirwana angekommen", sagte er. Sie verkenne, "dass die US-Atomwaffen in erster Linie unserem Schutz dienen".<sup>12</sup>*

Das sind in der Tat absolute Abgründe, die sich da in der SPD auftun. Die US-Atomwaffen sind da gar nicht das Hauptproblem. Die SPD ist insgesamt ein Haufen vergammelter Idioten und mehr als die Hälfte der SPD-Bundestagsfraktion besteht aus ausländischen Agenten, die Hochverrat zu ihrem selbstverständlichen politischen Habitus gemacht haben und sich im Grunde einen Dreck um die Sicherheit der deutschen Bürgerinnen und Bürger scheren.

Die politische Betätigung der Abgeordneten der SPD-Linken zielt allein darauf ab, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen und letztlich zu beseitigen. Und deshalb darf es da auch jederzeit die Notwehr gegen diese Personen sein.

Ich möchte an dieser Stelle nochmal untersuchen, was die beiden SPD-Vorsitzenden uns sonst noch in Bezug auf die deutschen Waffenexporte empfehlen. Dazu konnte man bereits am 07. Januar in einem Artikel im Spiegel lesen:

---

<sup>10</sup> Forderung von SPD-Fraktionschef – Streit über US-Atomwaffen in Deutschland, in: tagesschau.de vom 03. Mai 2020, online unter: <https://www.tagesschau.de/inland/nukleare-teilhabe-streit-101.html>

<sup>11</sup> "Sicherheitspolitisch im Nirwana" – SPD und Union streiten über US-Atomwaffen, in: spiegel.de vom 03. Mai 2020, online unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/spd-und-union-streiten-ueber-abzug-von-us-atomwaffen-a-0fdea11d-b5a3-4df8-9ca0-99e9c04d2933>

<sup>12</sup> "Sicherheitspolitisch im Nirwana" – SPD und Union streiten über US-Atomwaffen, in: spiegel.de vom 03. Mai 2020, online unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/spd-und-union-streiten-ueber-abzug-von-us-atomwaffen-a-0fdea11d-b5a3-4df8-9ca0-99e9c04d2933>

*„Die neue SPD-Spitze will die deutschen Waffenexporte merklich einschränken und stellt zugleich die Stationierung von US-Atomwaffen in Deutschland infrage. Parteichef Norbert Walter-Borjans sagte der Funke Mediengruppe: "Die Bundesregierung muss Waffenexporte restriktiver handhaben. So häufig, wie deutsche Waffen in Krisenregionen und Diktaturen auftauchen, ist das absolut inakzeptabel."“<sup>13</sup>*

Der Zusammenhang zwischen den beiden Themen ist in dieser Form doch nicht gegeben. Die US-Atomwaffen gehören grundsätzlich zum militärischen Bestand der Vereinigten Staaten von Amerika. Auf die eigenen Waffenexporte hat selbstverständlich die deutsche Bundesregierung einen hohen Einfluss. Es werden hier keinerlei Belege dafür angeführt, dass und wo deutsche Waffen in Krisenregionen und Diktaturen auftauchen. Selbstverständlich sollte man bei Waffenexporten umsichtig sein und die möglichen Konsequenzen mit berücksichtigen, allerdings benötigt man dabei doch wahrlich nicht den mahnenden Moralfinger der beiden SPD-Vorsitzenden.

*„Die Vorsitzende Saskia Esken sagte: "In der friedenspolitischen Tradition und Grundhaltung der SPD stehen wir dafür, dass Deutschland weniger Waffen exportiert."*

*Allerdings haben die von der Bundesregierung genehmigten Rüstungsexporte 2019 einen neuen Rekordwert erreicht. Der bisherige Höchststand aus dem Jahr 2015 wurde mit 7,95 Milliarden Euro bereits bis zum 15. Dezember knapp übertroffen.“<sup>14</sup>*

Bei dem Thema der Waffenexporte muss meinem Dafürhalten nach auch differenziert werden. Waffenexporte innerhalb des NATO-Bündnisses sind meiner Ansicht nach nicht grundsätzlich zu kritisieren. Waffenexporte in Krisenregionen oder in Länder mit instabiler Demokratie oder in autoritäre Regime sind im Grunde tendenziell abzulehnen. Allerdings kann mit gezielter Unterstützung durch die internationale Staatengemeinschaft auch in Krisenregionen eine Eskalation von Konflikten verhindert werden, wenn Deutschland das Mittel von Waffenexporten strategisch günstig nutzt. Es müsste sicher einen besseren Mechanismus innerhalb der Exekutive geben, damit durch Waffenexporte weder unsere Sicherheit in Deutschland und der Europäischen Union, noch die Sicherheit des NATO-Bündnisses insgesamt in Gefahr gebracht werden.

Allerdings scheint die Motivation der SPD-Führung hier doch in erster Linie einem moralphilosophischen Ansinnen zu folgen, wobei das Staatsziel der äußeren Sicherheit doch augenscheinlich bei den politischen Statements der SPD im Moment keine Rolle zu spielen scheint.

*„Zu den US-Atomwaffen sagte Walter-Borjans: "Wie problematisch die Existenz von Atomwaffen allgemein und die Stationierung amerikanischer Atomwaffen in Deutschland ist, zeigt sich angesichts der besorgniserregenden Zuspitzung des Konflikts im Irak besonders deutlich."*

*Durch die Alleingänge des US-Präsidenten Donald Trump habe sich in der Nato und in der transatlantischen Zusammenarbeit mit den USA "grundsätzlich etwas verändert". Doch gehe es nicht nur um die Atomwaffen der USA auf deutschem Boden. "Wir wollen, dass alle Atomwaffen aus Europa verschwinden, einschließlich der auf russischem Territorium stationierten Nuklearwaffen."“<sup>15</sup>*

---

<sup>13</sup> "Absolut inakzeptabel" – SPD-Chefs fordern weniger Rüstungsexporte, in: spiegel.de vom 07. Januar 2020, online unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/spd-chefs-norbert-walter-borjans-und-saskia-esken-fuer-weniger-ruistungsexporte-a-1303852.html>

<sup>14</sup> "Absolut inakzeptabel" – SPD-Chefs fordern weniger Rüstungsexporte, in: spiegel.de vom 07. Januar 2020, online unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/spd-chefs-norbert-walter-borjans-und-saskia-esken-fuer-weniger-ruistungsexporte-a-1303852.html>

<sup>15</sup> "Absolut inakzeptabel" – SPD-Chefs fordern weniger Rüstungsexporte, in: spiegel.de vom 07. Januar 2020, online unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/spd-chefs-norbert-walter-borjans-und-saskia-esken-fuer-weniger-ruistungsexporte-a-1303852.html>

Was Walter-Borjans und Esken uns da empfehlen trägt insgesamt letztlich doch den Duktus der Stalin-Note in sich. Deutschland soll nach dem Dafürhalten der SPD-Spitze auf quasi jedes Mittel der militärischen Einflussnahme und auf die Modernisierung und den Ausbau der eigenen militärischen Kapazitäten verzichten, wobei die Gefahren für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger in den Erwägungen der SPD überhaupt keine Rolle mehr spielt. Für den Abbau der auf russischem Boden stationierten Nuklearwaffen bräuchte es einen konkreten Vertrag. An derartigen politischen Verhandlungen könnte Deutschland zukünftig angesichts des doch geringen militärischen Gewichts überhaupt nicht mehr partizipieren. Es ist also ein ideologisches Kauderwelsch das uns hier von der SPD-Führung angeboten wird. Die Auswirkungen dieser Gutmenschen-Haltung in der Verteidigungs-, Außen- und Sicherheitspolitik wären verheerend, auch für die gesamte Europäische Union.

Das politische und militärische Vorgehen der Vereinigten Staaten von Amerika in der Weltpolitik hat sich doch letztlich mit Donald Trump auch nicht grundsätzlich verändert. Bekannt ist im Moment, dass der US-Präsident einen Haushaltsentwurf vorgelegt hat, der höhere Militärausgaben vorsieht.

*„US-Präsident Donald Trump hat einen 4,8 Billionen US-Dollar schweren Haushaltsentwurf für das Finanzjahr 2021 vorgelegt. Die nationale Sicherheit wird dabei groß geschrieben. Trump will etwa für die Modernisierung des Atomwaffenarsenals deutlich mehr Geld ausgeben. In den Bereichen Umwelt, Bildung und Entwicklungshilfe soll es nach dem Willen des Präsidenten drastische Einschnitte geben. Sein Budgetplan stelle die Weichen für das Fortbestehen der Dominanz und des Wohlstands der USA, erklärte Trump in dem Plan.“<sup>16</sup>*

Wie man das nun in den USA innenpolitisch und sozialpolitisch bewertet, soll an dieser Stelle den Bürgerinnen und Bürgern der USA vorbehalten bleiben. Fakt ist auf jeden Fall, dass es Modernisierungen auch im US-Militär geben wird.

*„Trump will mehr Geld in die Modernisierung des Atomwaffenarsenals der USA stecken. Dafür soll die Nationale Behörde für Nukleare Sicherheit auf 3,2 Milliarden US-Dollar mehr zurückgreifen können - was einem Anstieg von fast 20 Prozent entspricht. Das Nuklearwaffenarsenal müsse "robust" und "effektiv" sein, um das Land zu schützen, Verbündete rückzuversichern und Gegner abzuschrecken, heißt es zur Begründung. "Amerikas nukleare Abschreckung ist die Absicherung und die Grundlage für die nationale Verteidigung und die der Amerikanischen Verbündeten." Der US-Nachrichtenseite Axios zufolge geht es um die Finanzierung einer Reihe von Programmen zur Verlängerung der Lebensdauer von Sprengköpfen, aber auch um Mittel für die Entwicklung neuer nuklearer Sprengköpfe.“<sup>17</sup>*

Es geht der US-Regierung also in erster Linie um die Erneuerung der Bestände und um Verbesserung der Sicherheit der bereits vorhandenen Kernwaffen der USA. Das kann, muss aber nicht Auswirkungen haben auf die Nuklearwaffen-Bestände, die hier in Deutschland stationiert sind.

Es gab auch noch weitere Kritik am Vorstoß der SPD, wie man etwa einem Artikel in der Zeit vom 02. Mai 2020 entnehmen kann.

*„Unions-Fraktionsvize Johann Wadephul lehnte die Forderung der SPD ab. "Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion steht die Fortführung der nuklearen Teilhabe außer Frage", sagte Wadephul. "Sie ist aus gutem Grund im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Das ist nicht verhandelbar." Die nukleare*

---

<sup>16</sup> Bildung? Umwelt? Atomwaffen! – Trumps Etatplan setzt deutliche Zeichen, in: n-tv.de vom 10. Februar 2020, online unter: <https://www.n-tv.de/politik/Trumps-Etatplan-setzt-deutliche-Zeichen-article21567826.html>

<sup>17</sup> Bildung? Umwelt? Atomwaffen! – Trumps Etatplan setzt deutliche Zeichen, in: n-tv.de vom 10. Februar 2020, online unter: <https://www.n-tv.de/politik/Trumps-Etatplan-setzt-deutliche-Zeichen-article21567826.html>



*Abschreckung sei für die Sicherheit Europas unverzichtbar, "indem sie den Einsatz von Nuklearwaffen uns gegenüber unkalkulierbar macht".<sup>18</sup>*

Natürlich ist es so, dass die nukleare Teilhabe uns in Europa auch ein gewisses Maß an Sicherheit garantiert. Auf der anderen Seite darf man sich meines Erachtens in Deutschland und Europa trotzdem nicht täuschen lassen von dieser vermeintlichen Sicherheit durch diese Atomwaffen. Die Modernisierung und der Ausbau der militärischen Kapazitäten sowie die Veränderung des Aufgabenprofils der deutschen Streitkräfte im Hinblick auf die neuen Gefahrenlagen hätte bereits viel früher durchgeführt werden müssen, auch schon unter der Regierung von Gerhard Schröder. Insofern wäre auch etwas Selbstkritik bei der CDU/CSU-Fraktion angebracht.

Ebenfalls hat die FDP ihre Kritik an der SPD deutlich gemacht:

*„Die FDP kritisierte Mützenichs Vorstoß als "das falsche Signal zur falschen Zeit". Ihre verteidigungspolitische Sprecherin Marie-Agnes Strack-Zimmermann sagte, der Dauerstreit in der Koalition über Außen- und Sicherheitspolitik schade Deutschlands Ansehen in der Welt. Es sei naiv, zu glauben, dass Deutschland nach einem Abzug der US-Atomwaffen den gleichen Einfluss auf die Nuklearstrategie der Nato haben würde. "Der Bundestag muss daher den Weg für die Beschaffung der Tornado-Nachfolgelösung frei machen", forderte Strack-Zimmermann.<sup>19</sup>*

Es ist natürlich wahr, dass dieser Vorstoß der SPD-Führung auch zur Unzeit kommt. Allerdings agieren Ideologen auch grundsätzlich immer unabhängig von Zeit und Raum. Wer sein wahres ethisches Glück gefunden hat, wie die Gesinnungsethiker der SPD-Linken, der lässt sich sein Traumschloss doch letztlich auch von niemandem nehmen.

Für besonders wichtig in diesem Zusammenhang halte ich aber die Tatsache, dass die Modernisierung der Deutschen Luftwaffe unabhängig von der Stationierung der US-Atomwaffen in Deutschland eine absolut notwendige Maßnahme ist.

In einem Gastbeitrag von Pia Fuhrhop, Ulrich Kühn und Oliver Meier im Spiegel vom 30. April 2020 wurde sich mit dem Sinn der neuen F-18-Kampfflieger beschäftigt.

*„Annegret Kramp-Karrenbauer steht in der Kritik. Der eigene Koalitionspartner wirft ihr vor, ohne ausreichende Absprache einen milliardenschweren Rüstungsdeal über neue Kampfflugzeuge mit ihrem amerikanischen Amtskollegen Mark Esper vorangetrieben zu haben. Konkret geht es um den Kauf von 45 Maschinen des Typs Boeing F-18 als Ersatz für den altersschwachen Tornado. Ein Teil dieser Maschinen soll zukünftig eine heikle Mission erfüllen. In einem Konflikt, der die elementare Sicherheit der Nato bedroht, sollen deutsche Piloten nukleare Fallbomben abwerfen können.<sup>20</sup>*

Das ist doch gar nicht das Ziel der Neuanschaffung dieser Flugzeuge. Wichtig ist vor allem, den Bestand der Luftwaffe zu erneuern und zu erweitern, um im Ernstfall auf drohende Gefahren für unser Land reagieren zu können. Ein Einsatz der Atomsprengköpfe im Rahmen der Nuklearen Teilhabe wäre ohnehin in jedem Fall ohne Zustimmung der USA und der NATO überhaupt nicht möglich. Bei der

---

<sup>18</sup> Atomwaffen: SPD-Fraktionschef fordert Abzug von Atombomben in Deutschland, in: zeit.de vom 02. Mai 2020, online unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-05/atomwaffen-us-stationierung-deutschland-sicherheitsrisiko-ralf-muetzenich-spd>

<sup>19</sup> Atomwaffen: SPD-Fraktionschef fordert Abzug von Atombomben in Deutschland, in: zeit.de vom 02. Mai 2020, online unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-05/atomwaffen-us-stationierung-deutschland-sicherheitsrisiko-ralf-muetzenich-spd>

<sup>20</sup> Fuhrhop, Pia/Kühn, Ulrich/Meier, Oliver: Debatte über nukleare Teilhabe – Welchen Sinn haben deutsche Atombomber?, in: spiegel.de vom 30. April 2020, online unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/f-18-welchen-sinn-haben-deutsche-atombomber-a-63ccf36e-afb6-499e-97bc-c33bc9360ec6>

Modernisierung der Bundeswehr geht es um die Herstellung der äußeren Sicherheit in erster Linie nur für unser Land und bisher auch nur mittelbar für die Sicherheit der Europäischen Union insgesamt.

Auch in diesem Beitrag wird bei der Nuklearen Teilhabe von einem geheimen Arrangement gesprochen:

*„Dieses Arrangement ist von einem Schleier der Geheimhaltung umgeben. Die Nato-Verbündeten sollen kollektiv über den Einsatz der in Europa stationierten Atomwaffen entscheiden. Aber wie soll das in einer sich schnell entwickelnden Krise möglich sein? Was passiert, wenn einige Verbündete ausscheren? Wann und wo sollen Atomwaffen eingesetzt werden? Und: welche Folgen für die Mitwirkung hat es, dass ein Präsident wie Donald Trump ultimativ über den Einsatz amerikanischer Bomben entscheidet? Für eine Beantwortung dieser Fragen fehlen der Öffentlichkeit viele Informationen. Eine Abwägung der sicherheitspolitischen Vor- und Nachteile ist angesichts der allgegenwärtigen Geheimhaltung unmöglich.“<sup>21</sup>*

Es ist doch nicht wahr, dass es sich hier um etwas Geheimes handelt, sondern dass es die NATO-Strategie der Nuklearen Teilhabe gibt, ist der gesamten Welt seit Jahrzehnten bekannt. Die NATO agiert als Bündnis bei jedem Angriff im Kollektiv und vertritt grundsätzlich, dem NATO-Vertrag entsprechend, eine gemeinsame militärische Strategie. Es ist also die Entscheidung des gesamten NATO-Rates, ob und wann welches militärische Mittel eingesetzt werden kann.

*„Die konkrete Rolle deutscher Nuklearbomber in einer militärischen Krise ist ebenfalls unklar. Würden deutsche Piloten etwa Kaliningrad, den russischen Außenposten in direkter Nähe zu Polen und Litauen, nuklear bombardieren; und könnten sie dies überhaupt gegen die hochmoderne russische Luftabwehr? Dazu schweigt die Nato. Und auch in Berlin dürfte nur eine Handvoll Eingeweihter mit den Plänen vertraut sein.“<sup>22</sup>*

Ein solches Szenario an die Wand zu malen halte ich auch für unverantwortlich. Es handelt sich doch auch gar nicht um deutsche Nuklearbomber, sondern lediglich um Bomber, die grundsätzlich Nuklearwaffen anwenden könnten. Dies liegt nicht im Geringsten in der Macht der deutschen Bundesregierung. Luftabwehr, insbesondere Raketenabwehr ist in diesem Zusammenhang ein gutes Stichwort, denn das wäre in der Tat genau der wichtigste Bereich, für die die deutschen Streitkräfte angesichts der neuen Bedrohungslage nach dem Kalten Krieg Neuanschaffungen tätigen müssten.

In diesem Artikel wird daher auch diese Frage thematisiert:

*„Denn Europa steht vor einer ganzen Reihe fundamentaler politischer Veränderungen. Emmanuel Macron brachte jüngst eine vorsichtige Europäisierung der französischen Abschreckung ins Spiel. Bereits 2040, so die Planungen in AKKs Haus, soll ein gemeinsam mit Frankreich und Spanien entwickeltes neues europäisches Luftkampfsystem stehen. Die jetzige Beschaffung amerikanischer Nuklearbomber könnte Deutschlands Rolle in der nuklearen Teilhabe auf Jahrzehnte festlegen. So wird aber die wichtige Frage, wie andere und möglicherweise weniger umstrittene Formen der*

---

<sup>21</sup> Fuhrhop, Pia/Kühn, Ulrich/Meier, Oliver: Debatte über nukleare Teilhabe – Welchen Sinn haben deutsche Atombomber?, in: spiegel.de vom 30. April 2020, online unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/f-18-welchen-sinn-haben-deutsche-atombomber-a-63ccf36e-afb6-499e-97bc-c33bc9360ec6>

<sup>22</sup> Fuhrhop, Pia/Kühn, Ulrich/Meier, Oliver: Debatte über nukleare Teilhabe – Welchen Sinn haben deutsche Atombomber?, in: spiegel.de vom 30. April 2020, online unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/f-18-welchen-sinn-haben-deutsche-atombomber-a-63ccf36e-afb6-499e-97bc-c33bc9360ec6>

*Abschreckung und Mitsprache gefunden werden können, auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben.*<sup>23</sup>

Letztlich bleibt aber die Tatsache, dass die deutsche Bundesregierung grundsätzlich bei Entscheidungen über die Nuklearstrategie der NATO nur ein kleines Glied in der Entscheidungskette ist. Insofern sind nationale und europäische Anstrengungen bei modernsten Luftabwehrsystemen die wichtigste Entscheidung im Bezug auf die Sicherheits- und Verteidigungspolitik Deutschlands und der Europäischen Union.

Entscheidend für die SPD ist natürlich auch das Verhalten des Außenministers Heiko Maas zu dieser politischen Frage und zu dem Vorstoß seiner Parteiführung. Dazu konnte man in einem Artikel von Hans Monath im Tagesspiegel vom 05. Mai 2020 lesen:

*„Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes erklärte am Montag, Außenminister Heiko Maas (SPD) stehe zu den Vereinbarungen des Koalitionsvertrages, in dem erfolgreiche Abrüstungsgespräche Voraussetzung für einen Abzug der US-Waffen genannt werden.*

*Regierungssprecher Steffen Seibert versicherte, die Politik der Bundesregierung bleibe von Mützenichs Aussagen unberührt. Solange es Staaten gebe, die Atomwaffen einsetzen, bestehe ungeachtet des Fernziels einer atomwaffenfreien Welt „die Notwendigkeit nuklearer Abschreckung fort“.*<sup>24</sup>

So ganz eindeutig scheint diese Stellungnahme des Außenministers letztlich doch auch nicht zu sein. Es scheint vielmehr, als wäre Heiko Maas in arger Erklärungsnot, gewissermaßen im Zwiespalt zwischen gesetzlicher Verantwortung des Amtes und politischem Druck seiner Parteiführung.

Es gibt in der SPD aber auch Kritik aus der Partei selbst:

*„Wie zuvor schon der verteidigungspolitische Sprecher der Fraktion, Fritz Felgentreu, widersprach auch der Außenpolitiker Christoph Matschie öffentlich dem eigenen Chef. „Dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt kommen wir nicht mit deutschen Alleingängen näher“, warnte er. Abrüstung sei nur möglich mit einem gemeinsamen Nato-Vorgehen. Eine deutsche Absage an die nukleare Teilhabe schaffe „neue Auseinandersetzungen und Unsicherheiten in der Nato, aber löst kein einziges Problem“.*<sup>25</sup>

Dem kann man natürlich nur zustimmen, was Christoph Matschie da sagt, denn für die Sicherheit unseres Staates können wir seit Jahrzehnten doch bereits nicht mehr allein sorgen und letztlich kann dies auch kein anderer Staat der Europäischen Union. Selbst die Vereinigten Staaten von Amerika sind zumindest teilweise auf das Wohlwollen anderer Nationen angewiesen. Insofern kann man die Ausführungen von Herrn Mützenich, Herrn Walter-Borjans und Frau Esken nur als infantile nationalistische Bestrebungen ansehen, die letztlich nicht realistisch sein können.

*„Maas meldete sich erst am Montagnachmittag zu Wort – mit harter Kritik an Mützenich. „Unsere Außen- und Sicherheitspolitik darf nie ein deutscher Sonderweg sein“, sagte er dem „Spiegel“. Einseitige*

---

<sup>23</sup> Fuhrhop, Pia/Kühn, Ulrich/Meier, Oliver: Debatte über nukleare Teilhabe – Welchen Sinn haben deutsche Atombomber?, in: spiegel.de vom 30. April 2020, online unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/f-18-welchen-sinn-haben-deutsche-atombomber-a-63ccf36e-afb6-499e-97bc-c33bc9360ec6>

<sup>24</sup> Monath, Hans: Nach Kritik von SPD-Fraktionschef – Maas verteidigt Atomwaffen in Deutschland, in: tagesspiegel.de vom 05. Mai 2020, online unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/nach-kritik-von-spd-fraktionschef-maas-verteidigt-atomwaffen-in-deutschland/25800170.html>

<sup>25</sup> Monath, Hans: Nach Kritik von SPD-Fraktionschef – Maas verteidigt Atomwaffen in Deutschland, in: tagesspiegel.de vom 05. Mai 2020, online unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/nach-kritik-von-spd-fraktionschef-maas-verteidigt-atomwaffen-in-deutschland/25800170.html>

*Schritte würden das Ziel einer atomwaffenfreien Welt nicht näherbringen: „Im Gegenteil: Sie schwächen unsere Bündnisse.“<sup>26</sup>*

In diesem Sinne will man mal hoffen, dass es in der SPD noch einen Rest an Vernunft gibt und nicht sofort jedes Parteimitglied die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger gefährdet. Ich kann aus eigener Erfahrung nur sagen: Wer ein wahrhaftes Interesse daran hat, konstruktive und fortschrittliche Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zu betreiben, die das Wohl des deutschen Volkes im Blick hat, der muss sich als Mitglied in der SPD schnellstens überregional organisieren und sich fernhalten von den Rassisten der SPD-Linken.

Aber ich will zurückkommen auf die in Deutschland und Europa stationierten Atomwaffen der US-Amerikaner. Es ist bekannt, dass die USA durch ihre militärische Stärke einen enorm hohen Einfluss auf das NATO-Bündnis haben. Sie bestimmten seit Jahrzehnten die Geschehnisse der Weltpolitik in hohem Maße mit und die anderen Staaten des Bündnisses profitierten einerseits von den USA als Schutzmacht, andererseits war ihr Einfluss auf strategische Fragen auch innerhalb des NATO-Bündnisses immer sehr gering. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung der Europäischen Union hat sich das Machtgefälle etwas verringert, aber dennoch bleiben die USA de facto zumindest militärisch gesehen die Weltmacht. Die Strategie der Nuklearen Teilhabe wurde nach dem Zweiten Weltkrieg im Alleingang durch die USA mit der Stationierung von Kernwaffen in Europa umgesetzt und letztlich nur im Nachhinein durch nationale Regierungen bestätigt. Dennoch ist die Politik der Nuklearen Teilhabe ein wichtiger Teil einer Gesamtstrategie der NATO zur Aufrechterhaltung der legitimen Sicherheitsinteressen im Einflussbereich des Bündnisses. Und das Handeln der USA in dieser Frage war zum Zeitpunkt der ersten Stationierung im Einklang mit internationalem Recht, denn der Atomwaffensperrvertrag wurde erst 1968 unterzeichnet und als eine der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges haben die USA mit der Stationierung von Atomwaffen in Europa auch und vor allem ihre eigene Sicherheit aufrechterhalten, was legitim und legal war und ist.

Während des Kalten Krieges waren diese US-Atomwaffen ein wichtiger Bestandteil der Sicherheitsarchitektur der NATO zur Verteidigung vor den Staaten des Warschauer Paktes. Auch nach dem Fall der Mauer dienten sie letztlich der Verteidigung aller NATO-Bündnispartner als Schutz vor einer sowjetischen Invasion in Europa oder einem Angriff auf die USA. Auch aktuell dient tatsächlich die Strategie der Nuklearen Teilhabe immer noch der Aufrechterhaltung der Sicherheit aller Mitglieder des NATO-Bündnisses und ist Teil einer Gesamtstrategie der NATO zur Verteidigung auf dem gesamten Territorium des Bündnisses.

Ein unilateraler Rückzug Deutschlands aus der Gesamtstrategie der NATO würde auch die Sicherheit anderer Mitgliedsstaaten gefährden. Letztlich würde eine Umsetzung des Willens der derzeitigen SPD-Partei- und Fraktionsführung nichts anderes bedeuten, als ein Ausstieg Deutschlands aus dem NATO-Bündnis. Das wäre unverantwortlich.

Dieser politische Vorstoß der SPD-Partei- und Fraktionsführung ist ein völlig unnötiger Affront gegen fundamentale Prinzipien des NATO-Vertrages und bringt letztlich das Bündnis insgesamt, aber auch andere Mitgliedsstaaten in Gefahr.

Sieht man mal auf Artikel 1 des Nordatlantikvertrages:

---

<sup>26</sup> Monath, Hans: Nach Kritik von SPD-Fraktionschef – Maas verteidigt Atomwaffen in Deutschland, in: tagesspiegel.de vom 05. Mai 2020, online unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/nach-kritik-von-spd-fraktionschef-maas-verteidigt-atomwaffen-in-deutschland/25800170.html>

*„Die Parteien verpflichten sich, in Übereinstimmung mit der Satzung der Vereinten Nationen, jeden internationalen Streitfall, an dem sie beteiligt sind, auf friedlichem Wege so zu regeln, daß der internationale Friede, die Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden, und sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar sind.“<sup>27</sup>*

Ich denke schon, dass durch den Vorstoß der SPD-Führung hier der internationale Friede gefährdet ist, denn die politische Haltung gegen die Stationierung der US-Atomwaffen in Deutschland ist doch – wie oben dargestellt – nur ein Vorwand um mit moralisierenden Scheinargumenten auch die Modernisierung der konventionellen militärischen Kapazitäten politisch ablehnen zu können. An der Destabilisierung der militärischen Verhältnisse in Deutschland und Europa können letztlich nur die Feinde der Europäischen Union, die Feinde der Freiheit ein Interesse haben. Es gibt keinen rationalen Grund dafür, dass nennenswerte Teile der SPD sich jetzt als Helfer ausländischer Regime betätigen. Zum Wohle des deutschen Volkes ist so etwas in jedem Fall nicht.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf Artikel 3 des NATO-Vertrages:

*„Um die Ziele dieses Vertrags besser zu verwirklichen, werden die Parteien einzeln und gemeinsam durch ständige und wirksame Selbsthilfe und gegenseitige Unterstützung die eigene und die gemeinsame Widerstandskraft gegen bewaffnete Angriffe erhalten und fortentwickeln.“<sup>28</sup>*

Die Strategie der Nuklearen Teilhabe bewegt sich im Rahmen dessen, was hier mit gegenseitiger Unterstützung benannt wird. Im extremen Fall kann es theoretisch auch Selbsthilfe sein. In jedem Fall ist es moralisch und juristisch nicht unredlich, die gemeinsame Widerstandskraft zu erhalten. Worin soll denn die Fortentwicklung des Bündnisses bestehen, wenn man mal zu Ende denkt, was die Konsequenzen wären, sollte die SPD auch bei der konventionellen Rüstung bei ihrer ablehnenden Haltung bleiben? Ich denke, dass letztlich Deutschland und Europa in noch extremerer Gefahr wären, einem militärischen Angriff durch Feinde der Demokratie und der Freiheit ausgesetzt zu sein.

In diesem Zusammenhang steht Artikel 4 des NATO-Vertrages:

*„Die Parteien werden einander konsultieren, wenn nach Auffassung einer von ihnen die Unversehrtheit des Gebiets, die politische Unabhängigkeit oder die Sicherheit einer der Parteien bedroht ist.“<sup>29</sup>*

Durch die politischen Verlautbarungen der SPD-Führung werden die Sicherheitsinteressen anderer NATO-Mitglieder negativ tendiert. Es kann nicht sein, dass aus egoistischen Eigeninteressen für die Darstellung einer moralphilosophischen Grundhaltung durch eine deutsche Regierungspartei Deutschland und andere NATO-Partner in Gefahr gebracht werden. Da muss man sich doch bei allen anderen NATO-Mitgliedern die Frage stellen, wie es bei der deutschen Bundesregierung zukünftig mit der Bündnistreue nach Artikel 5 des NATO-Vertrages aussieht, wo es doch heißt:

*„Die Parteien vereinbaren, daß ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, daß im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei*

---

<sup>27</sup> Der Nordatlantikvertrag, Washington DC, 4. April 1949, in: nato.int, online unter: [https://www.nato.int/cps/en/natohq/official\\_texts\\_17120.htm?selectedLocale=de](https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_17120.htm?selectedLocale=de)

<sup>28</sup> Der Nordatlantikvertrag, Washington DC, 4. April 1949, in: nato.int, online unter: [https://www.nato.int/cps/en/natohq/official\\_texts\\_17120.htm?selectedLocale=de](https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_17120.htm?selectedLocale=de)

<sup>29</sup> Der Nordatlantikvertrag, Washington DC, 4. April 1949, in: nato.int, online unter: [https://www.nato.int/cps/en/natohq/official\\_texts\\_17120.htm?selectedLocale=de](https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_17120.htm?selectedLocale=de)

*oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten.*

*Vor jedem bewaffneten Angriff und allen daraufhin getroffenen Gegenmaßnahmen ist unverzüglich dem Sicherheitsrat Mitteilung zu machen. Die Maßnahmen sind einzustellen, sobald der Sicherheitsrat diejenigen Schritte unternommen hat, die notwendig sind, um den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit wiederherzustellen und zu erhalten.*<sup>30</sup>

Durch die Äußerungen der SPD-Fraktions- und Parteispitze wird doch infrage gestellt, ob Deutschland zukünftig alle Möglichkeiten ausschöpfen will, um die Sicherheit des gesamten NATO-Bündnisses zu erhalten. Deshalb ist es doch letztlich unverantwortlich, dass durch eine deutsche Regierungspartei unilateral versucht wird quasi „durch die Hintertür“ das NATO-Bündnis zu spalten. Absprachen zur Herstellung und Ausweitung einer Europäischen Sicherheitsarchitektur hin zu einer Europäischen Armee greifen das NATO-Bündnis nicht an. In den USA hatte damit niemand bisher ein Problem mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, da die Politik der Europäischen Union trotz aller Kritik an den USA niemals gegen die Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten von Amerika gerichtet sein kann. Ebenso hält kein anderes Mitglied des Bündnisses die deutsche Bundesregierung von der Modernisierung der deutschen Streitkräfte und dem Aufbau einer geeigneten Sicherheitsstruktur in der Europäischen Union ab.

Deshalb sollte man die SPD-Fraktions- und Parteiführung auch auf Artikel 9 des NATO-Vertrages hinweisen:

*„Die Parteien errichten hiermit einen Rat, in dem jede von ihnen vertreten ist, um Fragen zu prüfen, welche die Durchführung dieses Vertrags betreffen. Der Aufbau dieses Rats ist so zu gestalten, daß er jederzeit schnell zusammentreten kann. Der Rat errichtet, soweit erforderlich, nachgeordnete Stellen, insbesondere setzt er unverzüglich einen Verteidigungsausschuß ein, der Maßnahmen zur Durchführung der Artikel 3 und 5 zu empfehlen hat.“*<sup>31</sup>

Es ist also doch tatsächlich so, dass alle strategischen Fragen des Bündnisses im NATO-Rat besprochen werden können. Die SPD-Linke bekleidet mittlerweile fast alle herausragenden Partei- und Fraktionsämter und verfolgt ohne eine konkrete Beschlusslage des Bundesparteitages Ziele, die weder im Einklang mit dem Koalitionsvertrag, noch mit Vereinbarungen Deutschlands mit anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, noch mit anderen NATO-Partnern stehen. Die SPD-Linke hat innerhalb der Regierungskoalition für ihre politischen Ziele bei Weitem keine Mehrheit und hat bereits mehr als 1 Jahr vor den Bundestagswahlen den Bundestagswahlkampf eingeläutet. Ich fände es gut, wenn die deutsche Bevölkerung auch darüber ausreichend informiert wird, dass so ein Verhalten der SPD-Linken nicht akzeptabel ist und nationaler Egoismus dem Weltfrieden nicht dienlich ist.

Ohne jede Not wird die Sicherheit Deutschlands, Europas, der NATO und letztlich der Weltfrieden in Gefahr gebracht. Es ist auch ohne jede Not, dass die SPD-Bundestagsfraktion sich selbst zu einer Außenstelle der US-Regierung macht. Niemand in den USA hat etwas dagegen, dass wir Deutschen und Europäer unsere militärischen Fähigkeiten verbessern. Im Gegenteil: Die USA haben seit Jahren angekündigt, dass sie ihr militärisches Engagement in Europa verringern und verhalten sich auch mit

---

<sup>30</sup> Der Nordatlantikvertrag, Washington DC, 4. April 1949, in: nato.int, online unter: [https://www.nato.int/cps/en/natohq/official\\_texts\\_17120.htm?selectedLocale=de](https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_17120.htm?selectedLocale=de)

<sup>31</sup> Der Nordatlantikvertrag, Washington DC, 4. April 1949, in: nato.int, online unter: [https://www.nato.int/cps/en/natohq/official\\_texts\\_17120.htm?selectedLocale=de](https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_17120.htm?selectedLocale=de)

dem Abzug ihrer Truppen aus Deutschland entsprechend ihren Zusagen. Eigentlich wäre es die Aufgabe einer verantwortungsvollen Regierungspartei dafür Sorge zu tragen, die Schaffung einer Europäischen Armee voranzubringen und den Umbau der deutschen Streitkräfte zu organisieren, damit auf die neuen Bedrohungslagen angemessen militärisch reagiert werden kann.

Darüber hinaus ist es doch auch so: So wirklich stellt sich doch die Frage der Stationierung von US-Atomwaffen im Rahmen der NATO-Verträge letztlich politisch zumindest für die deutsche Bundesregierung auch gar nicht, denn letztlich ist rein realpolitisch der Einfluss auf die Entscheidung der Stationierung der US-Atomwaffen in Deutschland doch sehr begrenzt und beschränkt sich auf die deutsche Stimme im NATO-Rat durch unseren Ständigen Vertreter dort und das ist im Moment Hans-Dieter Lucas.

In einem Artikel von Fredy Gsteiger auf der Webseite des Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) wurde bereits am 30. Dezember 2016 von einer neuen Strategie des US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump berichtet.

*„Gegenüber den europäischen Verbündeten deutete der künftige Präsident Donald Trump an, er erachte die transatlantische Verteidigungsallianz für überholt. In Sicherheitskreisen lösten seine Aussagen höchste Irritation aus. Bei der konventionellen Verteidigung wird nun in der Nato und auch der EU darüber gesprochen, dass Europa mehr zu seiner Verteidigung beitragen müsse.*

*Wolfgang Ischinger, der Chef der Münchner Sicherheitskonferenz, sagt: «Die 28 Mitgliedstaaten der EU benehmen sich im Bereich der Verteidigungspolitik immer noch, als wären wir im 19. Jahrhundert. Wir müssen zusammenlegen, dann kostet es weniger und wird effizienter. Und dann wird auch Europa draus.»<sup>32</sup>*

Es scheint also doch so, als wären es die US-Amerikaner, die ihre militärischen Anstrengungen für die Verteidigung des NATO-Bündnisses minimieren wollen. Demzufolge ist einerseits die Notwendigkeit von verstärkten Investitionen in Rüstung für die Länder der Europäischen Union gegeben und andererseits auch die Notwendigkeit, eine Gesamtstrategie für die Verteidigung der Europäischen Union zu erarbeiten. Darüber hinaus stellt sich doch die Frage, wie man zukünftig mit den USA verhandeln will, wenn es um Einflussnahme auf internationale Konflikte geht. Durch eine Spaltung oder Beendigung des NATO-Bündnis gibt auch jedes Land in Europa und die Europäische Union insgesamt die Möglichkeit auf, bereits im UN-Sicherheitsrat auf internationale Konflikte stärker Einfluss zu nehmen und bei Bedarf auch zu intervenieren. Eine einfache Beendigung der NATO ist dem Weltfrieden nicht dienlich. Es kann nur darum gehen, das Bündnis zu erweitern oder ein neues Bündnis demokratischer Staaten zu schaffen, das an die Stelle der NATO tritt.

Darüber hinaus stellt sich doch für Europa damit regelrecht die existenzielle Frage nach der eigenen Sicherheit:

*„Es ist eine Überlegung wert, wie sich Europa verteidigt, wenn diese amerikanischen Nuklearwaffen wegfallen. Russland tritt politisch aggressiver auf und rüstet atomar auf. In seiner Enklave Kaliningrad, also unmittelbar an der Grenze zur Nato und EU, hat Moskau neuerdings atomwaffenfähige Iskander-Raketen stationiert.“<sup>33</sup>*

---

<sup>32</sup> Gsteiger, Fredy: Europas Verteidigungspolitik – Der atomare Schutzschild könnte fallen, in: srf.ch vom 30. Dezember 2016, online unter: <https://www.srf.ch/news/international/der-atomare-schutzschild-koennte-fallen>

<sup>33</sup> Gsteiger, Fredy: Europas Verteidigungspolitik – Der atomare Schutzschild könnte fallen, in: srf.ch vom 30. Dezember 2016, online unter: <https://www.srf.ch/news/international/der-atomare-schutzschild-koennte-fallen>

Eine Kooperation mit Russland, nicht nur in militärischen Fragen, muss im Sinne Deutschlands und Europas liegen. Auch für die USA wäre eine Kooperation mit Russland in jeder Hinsicht vorteilhaft. Ich teile die Ansicht nicht, dass Russland zunehmend aggressiver auftritt, denn die Handlungen der russischen Regierung haben schon die Aufrechterhaltung einer globalen Stabilität zumindest als grundsätzliches Ziel, auch wenn man doch bisweilen deutliche Kritik haben darf. Intensive ökonomische Kooperation zwischen Europa, USA und Russland könnte da der Start zu einem neuen Verteidigungsbündnis sein. Auch in dieser Hinsicht bringt der aktuelle Vorstoß der SPD-Partei- und Fraktionsspitze keine Fortschritte. Freihandel zwischen Europa, USA und Russland, im Grunde mit allen Staaten der Eurasischen Wirtschaftsunion wäre im Grunde die beste Lösung. Aus derartigen ökonomischen Verflechtungen würde im Grunde letztlich fast zwangsläufig eine neue militärische Allianz entstehen, die dem Frieden in der Welt dient. Letztlich sind solche Vorstöße von kleinkarierten Ideologen aus der SPD doch überhaupt nicht förderlich bei den Möglichkeiten, die man als SPD-Vorsitzender oder Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion hätte, um die Weltpolitik mitzugestalten.

Was jetzt noch das nukleare Potential in Europa angeht:

*„Die französische und die britische Bombe hat heute eher eine politische als eine militärische Bedeutung. Sie ist sozusagen der Zugangsausweis zum exklusiven Kreis der UNO-Vetomächte.*

*Frankreichs Präsident François Hollande will an seiner «Force de Frappe» (atomare Schlagkraft) festhalten. Doch er macht klar, dass es seine «Force de Frappe» ist. Frankreich will nicht aus französischen Atomwaffen europäische machen und andere am Einsatzbefehl beteiligen.<sup>34</sup>*

Demzufolge sind also die Atomwaffen in der Weltpolitik letztlich nur noch Eintrittskarten fürs UN-Veto.

## Anzahl der Soldaten ausländischer

### Streitkräfte [ Bearbeiten | Quelltext bearbeiten ]







Land	2006 <sup>[6]</sup>	2009 <sup>[6]</sup>	2014	2016 <sup>[7]</sup>	2018 <sup>[8]</sup>
 Vereinigte Staaten	72.416	56.680	42.450	35.800	33.250 <sup>[9]</sup>
 Vereinigtes Königreich	20.039	18.602	13.400	3.671	3.336
 Frankreich	3.708	3.582	1.623	594	keine Zahlen
 Niederlande	2.173	610	477	443	494
 Belgien	284	221	105	148	83
 Kanada	?	?	140	107	112
<b>Gesamt</b>	<b>98.620</b>	<b>79.695</b>	<b>58.195</b>	<b>40.763</b>	<b>37.275</b>

Abbildung 3: Anzahl der Soldaten ausländischer Streitkräfte, online unter: [https://de.wikipedia.org/wiki/Ausl%C3%A4ndische\\_Milit%C3%A4rbasen\\_in\\_Deutschland](https://de.wikipedia.org/wiki/Ausl%C3%A4ndische_Milit%C3%A4rbasen_in_Deutschland)

<sup>34</sup> Gsteiger, Fredy: Europas Verteidigungspolitik – Der atomare Schutzschild könnte fallen, in: srf.ch vom 30. Dezember 2016, online unter: <https://www.srf.ch/news/international/der-atomare-schutzschild-koennte-fallen>



Auf der Abbildung 3 wird nochmal eindeutig dargestellt, dass im Grunde die Vereinigten Staaten ihre Truppen genauso aus Deutschland abziehen, wie die Briten und die Franzosen. Die übrigen Soldaten sind im Rahmen europäischer und bilateraler Verträge in Deutschland. Dass die US-Amerikaner ihre Truppen schrittweise aus Deutschland abziehen, steht also außer Frage. Das hat natürlich auch wieder Implikationen auf die Frage der Stationierung der US-Atomwaffen in Deutschland.

Meines Erachtens löst sich diese Sachfrage doch letztlich ganz einfach:

Es kann davon ausgegangen werden, dass spätestens dann, wenn alle US-Truppen aus Deutschland abgezogen sind, diese auch die letzten US-Atomwaffen dabei mitnehmen. Sollte die US-Regierung diese Atomwaffen in Deutschland stehen lassen, dann übernimmt sie die Bundeswehr in ihren Bestand. Und: Wenn nicht, dann nicht. Dass die US-Amerikaner ihre Atomwaffen dort stehenlassen ist mehr als unwahrscheinlich, denn schließlich gehören diese Waffen zu ihrem militärischen Bestand und es wäre mit Sicherheit für einen Befehlshaber der US-Streitkräfte ein Dienstvergehen, den eigenen Waffenbestand derart unachtsam zu vernachlässigen.

Der Zustand der SPD als Regierungspartei ist viel problematischer, als man letztlich beim einfachen Betrachten auf diese aktuelle Debatte über die US-Atomwaffen in Deutschland nur erahnt: Eine Partei die in der Frage der Nuklearen Teilhabe derartig naiv in der Verteidigungspolitik, Außenpolitik und Sicherheitspolitik agiert, obwohl es akute militärische Gefahren für unseren Staat und die gesamte Europäische Union gibt, die ist doch offenkundig darüber hinaus weder bereit in notwendigem Maße konventionelle Rüstung zu betreiben und den notwendigen Umbau und die Modernisierung der deutschen Streitkräfte zu unterstützen, noch dazu bereit die Europäische Verteidigung gemeinsam mit anderen Regierungen in Staaten der Europäischen Union zu organisieren. Da tut sich ein riesiges Vakuum im politischen System der Bundesrepublik Deutschlands auf. Das ist eine enorme Gefahr, weil dadurch populistische Kräfte profitieren.

Die SPD-Partei- und Fraktionsspitzen führen zweifelhafte Debatten und bringen das NATO-Bündnis und die Europäische Union in Gefahr. Zumindest die SPD-Linke reiht sich damit ein in die Riege der Linksextremisten, die die NATO immer schon auflösen wollten. Ein nennenswerter Teil der SPD ist weder bereit für die Herstellung der Sicherheit im eigenen Lande, noch für die Sicherheit der Europäischen Union oder des NATO-Bündnisses zu sorgen.

Es ist ein unzumutbares ideologisches Geschwätz, was von der SPD derzeit kommt. Einerseits wird seit Jahren gegen die Verbesserung der militärischen Fähigkeiten der Bundeswehr agitiert und andererseits ist die SPD offenkundig nicht dazu fähig, sich zu militärstrategischen und verteidigungspolitischen Fachfragen sachkundig zu positionieren.

Es drängt sich doch für jeden nachdenklichen Menschen der Eindruck auf, dass die SPD die Bedrohungspotentiale für Deutschland und Europa in der Weltpolitik nicht ausreichend und angemessen zur Kenntnis nimmt.

Die Herstellung und Aufrechterhaltung der inneren und äußeren Sicherheit ist das zentrale Thema für jeden Wähler, denn durch dieses Politikfeld werden die existenziellen Grundbedürfnisse der Menschen bedient. Für aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger ist die SPD nicht mehr wählbar. Wer die Sicherheitsinteressen der Menschen in Deutschland und Europa nicht ernstnimmt und stattdessen in den Chor der deutschen Linksektierer mit einstimmt, der vergrault diejenigen aufgeklärten und kritischen Bürgerinnen und Bürger, die in der Gesellschaft als Transmissionsriemen für Parteien arbeiten und in besonderer Weise auch unabhängig von Wahlkämpfen für nötige Wählerstimmen sorgen.

Die SPD hat sich in weiten Teilen von Realpolitik verabschiedet und es taugt nur noch ein Teil der SPD-Bundestagsfraktion als Mehrheitsbeschaffer für die CDU/CSU-Fraktion. So erklären sich auch die niedrigen Wahlumfragen für die SPD.

Nicht nur die SPD-Parteiführung, sondern auch die Spitze und ein Großteil der SPD-Bundestagsfraktion agieren quasi als Vorposten des Mullah-Regimes im Iran, betätigen sich innerhalb der Legislative als Agenten anderer islamistischer Regime und der Neomaoisten aus China. Eine derart reaktionäre, autoritäre, egoistische und nationalistische Denkweise hat in der SPD eine unrühmliche Tradition. So waren die Anhänger Eduard Bernsteins bereits die Sargnägel der Weimarer Republik und die Helfershelfer der Nationalsozialisten. Offensichtlich handeln die Gutmenschen der SPD-Linken bewusst und willentlich dabei, wenn sie im Auftrag von Post- und Neostalinisten, Neomaoisten und Islamisten unseren Staat und unsere Bürgerinnen und Bürger verraten.

Die SPD braucht dringend einen Politikwechsel in der Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, sonst wird die gesamte politische Linke in Deutschland bald gar keinen Einfluss mehr auf politische Entscheidungen in Europa haben.

## Quellenverzeichnis

"Absolut inakzeptabel" – SPD-Chefs fordern weniger Rüstungsexporte, in: spiegel.de vom 07. Januar 2020, online unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/spd-chefs-norbert-walter-borjans-und-saskia-esken-fuer-weniger-ruestungsexporte-a-1303852.html>

Atomwaffen: SPD-Fraktionschef fordert Abzug von Atombomben in Deutschland, in: zeit.de vom 02. Mai 2020, online unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-05/atomwaffen-us-stationierung-deutschland-sicherheitsrisiko-ralf-muetzenich-spd>

Bildung? Umwelt? Atomwaffen! – Trumps Etatplan setzt deutliche Zeichen, in: n-tv.de vom 10. Februar 2020, online unter: <https://www.n-tv.de/politik/Trumps-Etatplan-setzt-deutliche-Zeichen-article21567826.html>

Der Nordatlantikvertrag, Washington DC, 4. April 1949, in: nato.int, online unter: [https://www.nato.int/cps/en/natohq/official\\_texts\\_17120.htm?selectedLocale=de](https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_17120.htm?selectedLocale=de)

Forderung von SPD-Fraktionschef – Streit über US-Atomwaffen in Deutschland, in: tagesschau.de vom 03. Mai 2020, online unter: <https://www.tagesschau.de/inland/nukleare-teilhabe-streit-101.html>

Fuhrhop, Pia/Kühn, Ulrich/Meier, Oliver: Debatte über nukleare Teilhabe – Welchen Sinn haben deutsche Atombomber?, in: spiegel.de vom 30. April 2020, online unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/f-18-welchen-sinn-haben-deutsche-atombomber-a-63ccf36e-afb6-499e-97bc-c33bc9360ec6>

Gebauer, Matthias/Goetz, John: Atomwaffen in Deutschland – USA haben Nuklear-Arsenal in Ramstein geräumt, in: [spiegel.de](https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/atomwaffen-in-deutschland-usa-haben-nuklear-arsenal-in-ramstein-geraeumt-a-493451.html) vom 09. Juli 2007, online unter: <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/atomwaffen-in-deutschland-usa-haben-nuklear-arsenal-in-ramstein-geraeumt-a-493451.html>

Gsteiger, Fredy: Europas Verteidigungspolitik – Der atomare Schutzschild könnte fallen, in: [srf.ch](https://www.srf.ch/news/international/der-atomare-schutzschild-koennte-fallen) vom 30. Dezember 2016, online unter: <https://www.srf.ch/news/international/der-atomare-schutzschild-koennte-fallen>

Monath, Hans: Nach Kritik von SPD-Fraktionschef – Maas verteidigt Atomwaffen in Deutschland, in: [tagesspiegel.de](https://www.tagesspiegel.de/politik/nach-kritik-von-spd-fraktionschef-maas-verteidigt-atomwaffen-in-deutschland/25800170.html) vom 05. Mai 2020, online unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/nach-kritik-von-spd-fraktionschef-maas-verteidigt-atomwaffen-in-deutschland/25800170.html>

Nassauer, Otfried: US - Atomwaffen in Deutschland und Europa, in: Berlin Informations-center for Transatlantic Security vom November 2012, online unter: <http://www.bits.de/public/stichwort/atomwaffen-d-eu.htm>

"Sicherheitspolitisch im Nirwana" – SPD und Union streiten über US-Atomwaffen, in: [spiegel.de](https://www.spiegel.de/politik/deutschland/spd-und-union-streiten-ueber-abzug-von-us-atomwaffen-a-0fdea11d-b5a3-4df8-9ca0-99e9c04d2933) vom 03. Mai 2020, online unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/spd-und-union-streiten-ueber-abzug-von-us-atomwaffen-a-0fdea11d-b5a3-4df8-9ca0-99e9c04d2933>

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Nassauer, Otfried: US - Atomwaffen in Deutschland und Europa, November 2012, in: <a href="http://www.bits.de/public/stichwort/atomwaffen-d-eu.htm">http://www.bits.de/public/stichwort/atomwaffen-d-eu.htm</a> .....	3
Abbildung 2: Nassauer, Otfried: US - Atomwaffen in Deutschland und Europa, November 2012, online unter: <a href="http://www.bits.de/public/stichwort/atomwaffen-d-eu.htm">http://www.bits.de/public/stichwort/atomwaffen-d-eu.htm</a> .....	4
Abbildung 3: Anzahl der Soldaten ausländischer Streitkräfte, online unter: <a href="https://de.wikipedia.org/wiki/Ausl%C3%A4ndische_Milit%C3%A4rbasen_in_Deutschland">https://de.wikipedia.org/wiki/Ausl%C3%A4ndische_Milit%C3%A4rbasen_in_Deutschland</a> .....	16